

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Joachim Hagen

17.10.2020 / 19.20-19.50 Uhr

18.10.2020 / 12.35-13.00 Uhr

E-Mail: streitkraefte@ndr.de

www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Frauen in der Bundeswehr - bevorzugt oder benachteiligt?
- Pleite für das Verteidigungsministerium? Auftrag für neues Sturmgewehr zurückgezogen
- Internationale Rüstungskontrolle vor dem Aus? Keine Verlängerung des New-START-Vertrags in Sicht

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer Sendereihe, am Mikrofon: Joachim Hagen. Und das sind unsere Themen:

- Frauen in der Bundeswehr – bevorzugt oder benachteiligt?
- Pleite für das Verteidigungsministerium? Auftrag für neues Sturmgewehr zurückgezogen. Und:
- Internationale Rüstungskontrolle vor dem Aus? Keine Verlängerung des New-START-Vertrags in Sicht.

Zu unserem ersten Thema: Wie steht es um die Gleichberechtigung in der Bundeswehr? Vor einigen Wochen war diese Frage mal wieder aufgeplopt, als es darum ging, ob Dienstgradbezeichnungen gegendert werden müssen, also ob es nicht nur einen Feldwebel, sondern auch eine Feldwebelin geben soll, oder eine Bootsfrau? Diese Diskussion wurde schnell beendet, weil sich herausstellte, dass Frauen in der Bundeswehr größere Probleme haben als weibliche Dienstgrad-Bezeichnungen. Eines dieser Probleme ist die gefühlte Ungleichbehandlung von Frauen und Männern in der Bundeswehr. Viele Soldatinnen klagen über mangelnden Respekt, während einige Soldaten der Auffas-

sung sind, Frauen würden sogar bevorzugt. Julia Weigelt hat recherchiert, was an diesen Vorwürfen dran ist, und darüber auch mit der neuen Wehrbeauftragten des Bundestages, Eva Högl, gesprochen.

Manuskript Julia Weigelt

O-Ton Högl

„Ich finde, es läuft besser, als manch eine oder manch einer vermutet. Frauen sind akzeptiert in der Truppe und leisten verantwortungsvoll ihren Dienst“,

sagt die Wehrbeauftragte Eva Högl. Wenn man dem glauben soll, scheint es keine Probleme zu geben. Ich habe trotzdem noch ein paar Soldatinnen gefragt, wie sie ihren Dienst denn so erleben. Und da zeichnet sich gerade beim Thema Akzeptanz - leider - ein ganz anderes Bild ab.

Etwa, wenn man Leutnant zur See Nariman Hammouti zuhört. Die Marineoffizierin ist seit 2005 Soldatin und erlebt zum Beispiel in Besprechungen immer wieder, dass ihre Kameraden sie nicht respektieren.

O-Ton Hammouti

„Dann wird jeder mit Dienstgrad angesprochen. Herr Oberstleutnant, Herr Major, Herr Hauptfeldwebel, Herr Obermaat - Frau Hammouti.“

Hammouti sagt, sie habe sich ihren Dienstgrad hart erarbeitet und bei der Anrede denselben Respekt verdient wie männliche Kameraden. Manchmal sagen ihr sogenannte Kameraden allerdings ihre Ablehnung auch ganz direkt ins Gesicht, wie jüngst bei einem Bundeswehrempfang. Dort lief die Tochter marokkanischer Eltern auf dem Weg zu ihrem Tisch an einer Gruppe von Stabsoffizieren vorbei.

O-Ton Hammouti

„Dann wurde ich da angehalten - ‚Hier, Sie trinken auch mal was mit uns‘, und ich trinke keinen Alkohol, deswegen habe ich dann gesagt: Ich bin langweilig, ich trinke nur Wasser. Und dann ist es aus einem Stabsoffizier, einem Fregattenkapitän, herausgeplatzt: ‚Ach Sie! Sie sind doch nur Offizier und Berufssoldat geworden, weil Sie eine Frau sind, Migrationshintergrund haben und Muslima sind. Wenn Sie jetzt noch eine Lesbe wären, würden Sie perfekt ins Beuteschema der Ministerin passen.“

Selbst die Wehrbeauftragte Eva Högl ist für einen Moment fassungslos, als sie die Geschichte hört:

O-Ton Högl

„Das ist...ähm...so dass...da bleibt einem die Sprache weg, wenn man das hört. Dass im Jahr 2020 so eine öffentliche Äußerung von Führungspersonen gegenüber einer Frau überhaupt möglich sind. Das ist natürlich unglaublich.“

Högl fordert, dass solche Anfeindungen disziplinarrechtlich geahndet werden. Damit sich das Klima innerhalb der Truppe grundlegend bessert, sollten alle Führungskräfte verpflichtende Fortbildungen zum Thema Vielfalt besuchen. Denn Respekt könne nicht von Berlin aus befohlen werden.

O-Ton Högl

„Das muss von der militärischen und politischen Führung wirklich ganz konsequent von oben bis unten gelebt werden: Gleichberechtigung ist ganz entscheidend für die Truppe. Und ich glaube, da ist noch viel zu tun, wenn ich mir so manche Äußerung anhöre.“

Das könnte ein Grund dafür sein, warum der Frauenanteil in der Bundeswehr nur so langsam steigt. 2013 lag er im Heer bei sechs Prozent, bei der Luftwaffe bei sieben und bei der Marine bei neun Prozent. In den vergangenen sieben Jahren ist der Anteil der Frauen in jeder Teilstreitkraft nur um einen Prozentpunkt angewachsen. Dabei gibt es sogar eine Quote: Im Sanitätsdienst liegt das Ziel bei 50 Prozent Soldatinnen, in den anderen Teilstreitkräften bei 15.

Gerne hätte ich weitere Soldatinnen und Soldaten dazu befragt, welche Erfahrungen sie in den vergangenen Jahren mit dem Thema gemacht haben. Mehrere Männer und Frauen wollten das auch, doch das Verteidigungsministerium erteilte fast jedem, der eine offizielle Anfrage stellte, einen Maulkorb. Selbst ein von mir angefragter Admiral durfte kein Interview geben. Denn für die Bundeswehr ist das Thema sehr wichtig. Schon jetzt bleiben viele Dienstposten aus Personalmangel unbesetzt, und die Zukunft sieht wegen des demografischen Wandels düster aus. Die Truppe braucht dringend Frauen, und da kommen solche abschreckenden Geschichten natürlich mehr als ungelegen. Wie etwa die einer jungen Frau, die mir anonym von ihrem Einstieg in die Truppe erzählt: Die Soldaten sagten ihr ganz offen, dass sie hier nicht gewollt sei, weil es ein Männerverein sei.

Die Folge: Wenn Frauen nicht sofort dankend ablehnen und die Streitkräfte

wieder verlassen, müssen sie oft Dauer-Vollgas geben, um ihren Wert zu beweisen. Zu diesem Schluss kommt sogar eine Studie des bundeswehreigenen Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften, die im Mai veröffentlicht wurde. Frauen hätten oft den Eindruck, 150 Prozent leisten zu müssen, um akzeptiert zu werden, heißt es dort.

Die einzige offizielle Interview-Genehmigung erhält Oberstabsgefreite Stefanie Bunzel. Sie war ab 2003 bereits für drei Jahre Soldatin und ist seit 2016 wieder bei der Bundeswehr, diesmal als Leiterin eines Betreuungsbüros. Bunzel sagt, bei der Bundeswehr habe sich in den vergangenen Jahren vieles verbessert, vor allem bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu zählten Unterstützungsangebote wie das Familienbetreuungszentrum, der Bundeswehr-Sozialdienst und die Militärseelsorge.

Gleichzeitig erlebt es auch Bunzel, dass Soldaten sie ohne Dienstgrad ansprechen. Die Oberstabsgefreite reagiert abgebrüht: Sie lässt dann beim Gegenüber auch den Dienstgrad weg, was sofort auffalle.

O-Ton Bunzel

„Das habe ich erst gelernt mit der Zeit. Als ich 2003 angefangen hab bei der Bundeswehr, war das natürlich noch was Anderes. Aber da hätte ich mich auch nicht getraut, meinem Oberleutnant zu sagen: Du Freundchen, bis hier und nicht weiter, so geht das nicht.“

Der raue Umgangston scheint Stefanie Bunzel nicht besonders zu belasten:

O-Ton Bunzel

„Wenn wir uns dafür entscheiden, zur Bundeswehr zu gehen als Frau, dann muss man damit rechnen, dass es vielleicht nicht rund läuft, sondern ein bisschen kantig ist an manchen Stellen hier und da, aber dann nimmt man sich die Feile und schleift das ein bisschen ab und dann läuft das auch.“

Damit machen sich Frauen allerdings nicht nur Freunde. Immer wieder erzählen Soldaten von ihrem Eindruck, Frauen würden bei der Bundeswehr systematisch bevorzugt. Manche Männer erleben also offensichtlich genau das Gegenteil von dem, was viele Frauen schildern.

Das Verteidigungsministerium weist diesen Vorwurf zurück. Denn das Soldatinnen- und Soldatengleichstellungsgesetz gelte für alle gleichermaßen. So komme der vermehrte Einsatz von mobilem Arbeiten, also Homeoffice,

sowie der Ausbau der Kinderbetreuung allen Bundeswehrangehörigen zu Gute. Auch die 2017 eingerichtete Ansprechstelle „Diskriminierung und Gewalt in der Bundeswehr“ stehe allen offen. Pro Jahr gehen dort laut Ministerium Eingaben im „unteren dreistelligen Bereich“ ein.

Unterschiedlich bewertet werden Männer und Frauen allerdings beim sogenannten Basis-Fitnesstest. Hier müssen zwar alle dieselben Mindestanforderungen erfüllen. Bei der Benotung erhalten Frauen allerdings für dieselbe Leistung mehr Punkte, um körperliche Unterschiede wie weniger Muskelmasse auszugleichen.

Maja Apelt forscht schon seit Jahren zur Chancengleichheit in den Streitkräften. Gerade interviewt die Professorin für Organisations- und Militärsoziologie die Gleichstellungsbeauftragte der Bundeswehr. Ihr Fazit: Die Themen, über die sich die Soldatinnen beschwerten, haben sich in 15 Jahren kaum verändert. Meist gehe es um die schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die mangelnde Anerkennung gleicher Leistung oder sexuelle Belästigung. Probleme, die mit der Einrichtung neuer Beschwerdestellen nicht komplett gelöst werden könnten, sagt Apelt. Betroffene könnten sich zwar dorthin wenden...

O-Ton Apelt

„...aber die Frage ist immer noch: Tut man es. Und welche Folgen hat das. Und ist das nicht dann am Ende doch zum Nachteil der Frauen, wenn sie sich beschwerten.“

Wenn deswegen etwa Beurteilungen negativ ausfallen. Der Soldatenberuf sei weiterhin für Frauen nicht so attraktiv, dass sie in großen Mengen kämen, konstatiert die Wissenschaftlerin. Das liege auch daran, dass Gleichstellung mit jedem neuen Vorgesetzten erneut verhandelt werden müsse. Manche leugnen das Problem auch einfach, indem sie sagen: „Bei mir zählen nur Eignung, Leistung und Befähigung. Das Geschlecht spielt keine Rolle.“ So hätten Vorgesetzte allerdings keine Chance zu erkennen, wie auch sie unbewusst zur Benachteiligung beitragen. Dass selbst Vorgesetzte nach wie vor öffentlich und unsanktioniert frauenfeindliche Sprüche loslassen können, heißt für Apelt...

O-Ton Apelt

„...dass diese ganzen Programme und Weiterbildungen zu dem Thema eben keine Wirkung zeigen.“

Vorwürfe zur Bevorzugung von Frauen sind laut Apelt nicht belegbar:

O-Ton Apelt

„Die Zahlen sagen das Gegenteil: Bei Übernahme zum Berufssoldaten werden Frauen nicht bevorzugt. Das stimmt einfach nicht.“

Für Leutnant zur See Nariman Hammouti ist das keine Überraschung. Und gleichzeitig ist sie von der ganzen Debatte spürbar genervt.

O-Ton Hammouti

„Und ehrlich gesagt habe ich auch keine Lust mehr darüber zu diskutieren, im Jahr 2020, nächstes Jahr, 2021, 20 Jahre Frauen Dienst an der Waffe, warum man immer noch darüber diskutieren muss, warum man das macht und warum man nicht im Kindergarten arbeitet.“

* * *

Hagen

Gleichberechtigung in der Bundeswehr – Julia Weigelt berichtete.

Pleite, Blamage, Anfängerfehler – das waren die Reaktionen auf die Erklärung des Verteidigungsministeriums, den Auftrag für die Produktion von 120.000 Sturmgewehren zurück zu ziehen. Erst vor wenigen Wochen hatte das Ministerium dem Waffenhersteller C.G. Haenel aus dem thüringischen Suhl den Auftrag erteilt – nach einem dreijährigen Auswahlverfahren. Jetzt also die Kehrtwende. Auch wenn der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Arne Collatz-Johannsen, das bei der Bundespressekonferenz so nicht nennen wollte.

O-Ton Collatz-Johannsen

„Wir machen im Grunde einen Schritt zurück im Vergabeverfahren, weil eben nicht ausgeschlossen werden kann, dass aufgrund von Patentrechtsverletzungen der Firma Haenel die Mitbieter, hier die Firma Heckler und Koch, in irgendeiner Form benachteiligt wurden. In welchem Umfang, ob das so ist, muss jetzt natürlich geprüft werden. Und im Zuge dessen wird natürlich auch geprüft, ob es auch auf unserer Seite, auf Seite der Vergabestelle, des Beschaffungsamtes, zu Fehlern im Verfahren gekommen ist.“

Diese Prüfung wird – so die optimistische Einschätzung von Collatz-Johannsen – etwa zwei Wochen dauern.

Grundsätzlich bleibt die Frage, was für ein Patent da verletzt wurde und ob man das nicht schon vorher hätte wissen können. Nach Informationen des auf verteidigungspolitische Themen spezialisierten Journalisten [Thomas Wiegold](#) geht es um das Verschlusssystem des neuen Haenel-Gewehrs. Es soll sicherstellen, dass das Gewehr auch schießen kann, wenn es unter Wasser war. Die Waffenschmiede Heckler und Koch, die das bisherige Sturmgewehr der Bundeswehr G36 baut, behauptet, dieses Verschlusssystem beruhe auf einem ihrer Patente. Und hat deswegen schon im August eine Klage eingereicht – also bevor das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr seinen Auftrag an Haenel vergab. Sehr unwahrscheinlich, dass Heckler und Koch das Bundesamt über diese Klage nicht informierte. Es liegt also die Vermutung nahe, dass das Bundesamt den Auftrag an Haenel vergab, obwohl es von der möglichen Patentrechtsverletzung wusste.

Vor kurzem ist unser langjähriger Autor Otfried Nassauer gestorben. Er wurde 64 Jahre alt. Nassauer war Mitbegründer und Direktor des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit. Seine Einschätzungen hatten in der sicherheitspolitische Debatte Gewicht. Kurz vor seinem Tod hat Otfried Nassauer für diese Sendung noch einen Bericht über die Zukunft des New-START-Vertrages zur Rüstungskontrolle beendet. Die Vereinbarung begrenzt die Zahl der strategischen Atomwaffen der Vereinigten Staaten und Russlands. Inzwischen zeichnet sich ab, dass beide Seiten grundsätzlich bereit sind, den Vertrag zu verlängern. Aber die Schwierigkeiten liegen wie so oft im Detail. Hören Sie eine Analyse von Otfried Nassauer. Es spricht: Andreas Birnbaum.

Manuskript Otfried Nassauer

Es bleibt wohl bis zum letzten Moment spannend. Am 5. Februar 2021 läuft der „New-START-Vertrag“ aus. Das ist der letzte große bilaterale Rüstungskontrollvertrag zwischen den USA und Russland, der die atomaren Vernichtungspotentiale beider Staaten begrenzt - auf jeweils 700 stationierte Trägersysteme und bis zu 1.550 anrechenbare Sprengköpfe. Beide Seiten haben den Vertrag bislang eingehalten und müssten an seinem Fortbestand

schon deshalb ein Interesse haben, weil seine Verifikationsmechanismen ihnen wichtige Einblicke in den Zustand und die Entwicklung der Atomstreitkräfte des jeweils anderen garantieren und der Vertrag einen sündhaft teuren Rüstungswettlauf unterbindet.

Rose Gottemoeller hat unter Präsident Obama auf US-Seite die Verhandlungen über den New-START-Vertrag geführt. Die Vereinbarung ist aus ihrer Sicht weiterhin im Interesse der USA.

O-Ton Gottemoeller (Voiceover)

„Der New-START-Vertrag ist hilfreich und hat effektive Überprüfungsmechanismen. Wir wissen rund um die Uhr über die strategischen Nuklearwaffen Russlands Bescheid. Und diese Vorhersagbarkeit brauchen wir auch weiterhin. Denn die von Putin angekündigten neuen strategischen Waffen bereiten uns große Sorgen. Sie bedürfen einer Einschränkung. Wir brauchen dieses Verifikationsregime auch in Zukunft, um Klarheit zu haben über die Zahl der strategischen Nuklearsysteme in Russland.“

Da noch kein Folgevertrag in Sicht ist, sollte man annehmen, dass Washington und Moskau daran interessiert sind, den bestehenden Vertrag einfach noch einmal um bis zu fünf Jahre zu verlängern. Diese Möglichkeit sieht der Vertrag vor.

Doch was einfach, pragmatisch und logisch erscheinen mag, hat sich in den vergangenen Monaten zu einem trickreichen diplomatischen Fingerhakeln entwickelt. Vor allem Washington hat es anscheinend darauf angelegt, eine Verlängerung an Bedingungen zu knüpfen, mit denen schon jetzt festgelegt würde, über welche Waffen und mit wem in Zukunft über nukleare Abrüstung verhandelt werden soll.

Im Wesentlichen geht es um drei Problembereiche: Zum einen möchte Washington erreichen, dass künftig mit Moskau über die Begrenzung aller und nicht nur der strategischen Atomwaffen verhandelt wird. Zum anderen fordert es perspektivisch, China in die Verhandlungen einzubeziehen. Und schließlich würde es gerne die Zügel bei den Verifikationsmaßnahmen weiter anziehen. Zu der Frage, ob man letztlich einer Verlängerung des Vertrages zustimmen würde, äußert sich die Trump-Administration dagegen meist ambivalent. Die USA hoffen auf ein Einlenken Moskaus in letzter Minute. Russland hat sich

bereits klar positioniert und sich für eine Verlängerung des Vertrages ausgesprochen.

Russland wirbt für diese Position und macht deutlich, dass von einer Vertragsverlängerung auch viele jener Atomwaffen erfasst würden, die Moskau derzeit entwickelt.

Zusätzlich kompliziert wird die Gemengelage durch den Präsidentschaftswahlkampf in den USA. Innenpolitische Themen dominieren und niemand weiß, ob Donald Trump eine Wahlniederlage akzeptieren und das Feld räumen würde, ohne zuvor noch verbrannte Erde zu hinterlassen. Zu allem Überfluss könnte im Januar 2021 auch noch die wegen COVID-19 verschobene Überprüfungskonferenz für den Atomwaffensperrvertrag anstehen. Bei diesen Überprüfungskonferenzen besteht schon lange eine Wechselwirkung zwischen der Bereitschaft großer Teile der nichtnuklearen Staatenwelt, die Nichtverbreitung zu stärken und den Fortschritten der Nuklearmächte bei der atomaren Abrüstung.

Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem entstandenen Zeitdruck, der unüberschaubaren Lage und den diversen Zielvorstellungen der US-Administration? Das ist in der Tat so und dieser passt gut mit einem geopolitischen Perspektivwechsel zusammen, den die Regierung Trump schon bald nach ihrem Amtsantritt vollzogen hat.

Donald Trump war gerade ein Jahr US-Präsident, als sein Verteidigungsminister James Mattis im Januar 2018 die Tonlage der Trump-Administration in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik neu vorgab. Seine „National Defense Strategy“ vom Januar 2018 war von einem Kerngedanken gekennzeichnet: die Zukunft werde wieder von der Konkurrenz großer Mächte geprägt – also von jener zwischen den USA, Russland und der Volksrepublik China. Great Power Competition lautete das Stichwort. Alle anderen sicherheitspolitischen Herausforderungen seien nachrangig und mit den Machtinstrumenten der Großmächterivalität beherrschbar.

Mit diesem Ansatz griff die Trump-Administration im Grunde auf einen Gedanken zurück, den gegen Ende der Präsidentschaft von George Bush senior 1993 bereits dessen erzkonservativer Verteidigungsminister Dick

Cheney in einem Pentagon-Dokument formuliert hatte. Das Papier trägt den Titel: „Defense Strategy for the 1990ies: The Regional Defense Strategy“. Die Kernaussage lautet: In der künftigen, unipolaren Welt, in der die USA die einzige verbliebene Supermacht sein würden, sind alle anderen Staaten Konkurrenten, die den USA entweder feindlich oder wie derzeit die EU noch freundlich gesinnt seien.

Der Ansatz einer „Konkurrenz großer Mächte“, bei dem die gegnerischen Mächte, Russland und China, als revisionistisch und autokratisch regiert tituliert werden, eignet sich dazu, diese Staaten zum Ziel politischer Vorwürfe und Forderungen zu machen.

Die Betrachtung der Welt unter den Vorzeichen der Konkurrenz großer Mächte erlaubt es, alle möglichen nationalen Machtinstrumente flexibel miteinander zu verknüpfen - seien diese militärischer, technologischer, diplomatischer oder wirtschaftlicher Art. Zugleich können die USA auf diese Weise den eigenen Vorteil auf einer Vielzahl von Konfliktfeldern suchen – von der Handelspolitik bis hin zu regionalen militärischen Eskalationsschritten oder auch der Rüstungskontrolle. Dieses Szenario zielt nicht – wie oft diskutiert – auf einen Kalten Krieg 2.0 ab. Es geht eher um einen doppelten Kalten Krieg, in dem jederzeit auch zeitweilig Zweckbündnisse mit einem der großen Kontrahenten eingegangen werden können.

Washington drängt ganz im Sinne der Konkurrenz großer Mächte massiv auf eine Einbeziehung Chinas in die strategische nukleare Rüstungskontrolle, obwohl das nukleare Sprengkopffarsenal Pekings sehr viel kleiner ist als das Washingtons oder Moskaus. Christopher Ford, stellvertretender Staatssekretär im US-Außenministerium:

O-Ton Ford (Voiceover)

„Wir versuchen, die Frage des New-START-Vertrages in einem viel größeren Rahmen zu sehen – entsprechend der Vision von Präsident Trump von einem trilateralen Rüstungskontrollvertrag, der sowohl Russland als auch China einbezieht. Berücksichtigt werden sollten zudem Russlands nicht-strategische Waffen. In diesem Bereich hat Moskau bereits jetzt eine deutliche numerische Überlegenheit – und sie wird noch weiter zunehmen. Außerdem sollte in einem Vertrag die Reichweite der chinesischen Systeme erfasst werden.“

Chinas Nukleararsenal ist allerdings derzeit etwa so groß wie das Potenzial Frankreichs. Eine analoge Forderung Moskaus, die Nuklearwaffenarsenale Frankreichs und Großbritanniens in die strategisch-nukleare Rüstungskontrolle einzubeziehen, würde Washington wie schon in der Vergangenheit vermutlich entschieden zurückweisen. Für die Haltung Pekings, erst dann zu Verhandlungen bereit zu sein, wenn Moskau und Washington deutlich weiter abgerüstet haben, zeigt man dagegen in Washington kein Verständnis und verweist auf angeblich massive Aufrüstungspläne Pekings, die es schon jetzt einzuhegen gelte.

Auch die Aufkündigung des INF-Vertrages unter Präsident Trump erscheint unter diesen Vorzeichen noch einmal in einem anderen Licht. Sie konnte gleich zwei ergänzenden Zwecken dienen: Gegenüber Russland erlaubt sie die Behauptung einer größeren numerische Disparität im Bereich rüstungskontrollpolitisch nicht erfasster Systeme unterhalb des Bereichs strategischer Waffen. In Zukunft kann man nun leichter argumentieren, dass alle Trägersysteme, unabhängig davon, ob sie einen atomaren oder konventionellen Sprengkopf tragen, mitgezählt werden müssen. Plötzlich sind alle Trägersysteme vom Typ Iskander relevant. Ein ähnliches Vorgehen kann auch gegen Peking ins Feld geführt werden und somit genutzt werden, um den Druck auf China zu erhöhen, sich früher an Rüstungskontrollgesprächen zu beteiligen. Schließlich kann mit diesem Argument auch an die alte Kritik Moskauer Militärs angeknüpft werden, der INF-Vertrag benachteilige Russland, da man den chinesischen Mittelstreckenwaffen keine eigenen entgegensetzen dürfe.

Mit Blick auf die Entstehung der US-Forderung, mit Russland künftig nur noch über Reduzierungen der Gesamtheit aller Atomwaffen reden zu wollen, führt zudem zu einer kleinen Überraschung. Nicht die Trump-Administration hat diesen Ansatz eingeführt, sondern Obamas Außenministerin Hillary Clinton. Sie hat seit 2010 den Ansatz proklamiert, der nächste Rüstungskontrollvertrag mit Moskau müsse sowohl strategische als auch nicht-strategische Atomwaffen erfassen.

Was heißt das nun für die Zukunft der nuklearen Rüstungskontrolle? Es ist absehbar, dass die Rahmenbedingungen für das Aushandeln weiterer nuklearer Reduzierungsabkommen sich deutlich verschlechtern werden. Und zwar unabhängig davon, ob Donald Trump oder Joe Biden die Präsidentschaftswahl gewinnt. Künftige Verhandlungen werden mit einer Vielzahl komplexer, bislang nie diskutierter Fragen konfrontiert. Zum Beispiel mit dem Problem der Entwicklung eines Verifikationssystems für nichtstrategische nukleare Systeme. Um hier eine funktionierende Lösung zu erarbeiten, dürften die durch eine Verlängerung des New-START-Vertrages maximal möglichen fünf Jahre nur schwerlich ausreichen. Zugleich ergeben sich aus der Washingtoner Weltsicht konkurrierender Großmächte vorhersehbar eine Vielzahl von Optionen für Störfeuer aller Art, mit denen kooperative Lösungsansätze torpediert werden können.

Die Anfänge kooperativer Rüstungssteuerung, vertrauensbildender Maßnahmen und später der Rüstungskontrolle resultierten zu Beginn der 60er Jahre aus den traumatischen Erfahrungen einer nuklearen Beinahe-Katastrophe während der Kubakrise. Man kann nur hoffen, dass es nicht einer ähnlichen Krise bedarf, um rechtzeitig erneut zu erkennen, wie wertvoll Rüstungskontrolle und Abrüstung sein können, um Stabilität zu garantieren und eine Rückkehr zu einem unkontrollierten Wettrüsten zu verhindern.

* * *

Hagen

Mit dieser Analyse von Otfried Nassauer geht diese Ausgabe von Streitkräfte und Strategien zu Ende. Sie können sich diese Sendung wie immer auch als Podcast herunterladen. Sie finden sie in der ARD-Audiothek oder unter ndr.de Schrägstrich Streitkraefte. Am Mikrofon war Joachim Hagen.